

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Bildungsausschuss**

18. WP - 43. Sitzung

am Donnerstag, dem 3. Juli 2014, 15:30 Uhr,  
in Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Kai-Oliver Vogel (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Sven Krumbek (PIRATEN)

Fleming Meyer (SSW)

i. V. v. Jette Waldinger-Thiering

### **Weitere Abgeordnete**

Christopher Vogt (FDP)

Uli König (PIRATEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Europäische Solidarität notwendig - Jugendarbeitslosigkeit in der EU gemeinsam bekämpfen</b>	<b>4</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/1430</a>	
Änderungsantrag der Fraktionen der SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/1588</a> Absatz 1 - selbstständig -	
<b>2. Neue Lösungswege zur Inklusion in Schulen</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktion der FDP <a href="#">Drucksache 18/1996</a>	
<b>3. Entwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein</b>	<b>6</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/1760</a>	
<b>4. a) Entlastung des Landes durch BAföG-Übernahme des Bundes für Qualitäts-offensive Bildung und Wissenschaft nutzen</b>	<b>11</b>
Antrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/1960</a> (neu)	
<b>b) Bildung und Wissenschaft stärken</b>	
Antrag der Fraktion der FDP <a href="#">Drucksache 18/1970</a>	
Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/2017</a>	
<b>5. Künftige Gestaltung des Berichts zur Unterrichtssituation</b>	<b>12</b>
Interfraktioneller Antrag <a href="#">Umdruck 18/2380</a> (neu) 2. Fassung	
<b>6. Verschiedenes</b>	<b>13</b>

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, eröffnet die Sitzung um 15:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Europäische Solidarität notwendig - Jugendarbeitslosigkeit in der EU gemeinsam bekämpfen**

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/1430](#)

Änderungsantrag der Fraktionen der SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/1588](#) Absatz 1 - selbstständig -

(überwiesen am 19. Februar 2014 an den **Europaausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/2706, 18/2724, 18/2790, 18/2815, 18/2864, 18/2884, 18/2903](#)

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der CDU bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Ausschuss dem federführenden Europaausschuss, dem Landtag die Ablehnung des CDU-Antrags [Drucksache 18/1430](#) zu empfehlen. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und PIRATEN bei Enthaltung der FDP empfiehlt er, den Änderungsantrag der Koalition, [Drucksache 18/1588](#) Absatz 1, anzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Neue Lösungswege zur Inklusion in Schulen**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/1996](#)

(überwiesen am 18. Juni 2014)

Der Ausschuss will sich mit dem FDP-Antrag im Zusammenhang mit der Vorlage des von der Landesregierung angekündigten Inklusionskonzepts im September 2014 befassen und zu der Thematik schriftliche Stellungnahmen einholen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Entwurf eines Lehrkräftebildungsgesetzes Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 18/1760](#)

(überwiesen am 9. April 2014 an den **Bildungsausschuss** und den Finanzausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/2713, 18/2750, 18/2767, 18/2778, 18/2780, 18/2796, 18/2797, 18/2811, 18/2827, 18/2835, 18/2859, 18/2866, 18/2876, 18/2881, 18/2891, 18/2897, 18/2904, 18/2905, 18/2906, 18/2907, 18/2908, 18/2909, 18/2910, 18/2911, 18/2912, 18/2913, 18/2919, 18/2921, 18/2922, 18/2931, 18/2945, 18/2951, 18/2953, 18/2959, 18/2967, 18/2973, 18/2976, 18/2984, 18/2985, 18/2997, 18/3000, 18/3014, 18/3025, 18/3031, 18/3040, 18/3041, 18/3093, 18/3116, 18/3117, 18/3118, 18/3128](#)

Änderungsanträge der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Umdrucke 18/3108](#) und 18/3119

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Umdruck 18/3115](#)

Der Ausschuss beschäftigt sich zunächst mit der Frage der Wirtschaftlichkeitsuntersuchung gemäß § 7 Absatz 2 Landeshaushaltsordnung, [Umdrucke 18/3093](#) und 18/3116.

Abg. Vogt kritisiert, dass das von der Bildungsministerin vorgelegte Schreiben [Umdruck 18/3116](#) keine Wirtschaftlichkeitsuntersuchung enthalte.

Frau Dr. Wende, Ministerin für Bildung und Wissenschaft, verweist darauf, dass der Finanzausschuss zu dem Ergebnis gekommen sei, dass das Bildungsministerium seine Hausaufgaben gemacht habe.

Abg. Andresen vertritt die Auffassung, dass man im Bildungs- und Sozialbereich keine rein betriebswirtschaftliche Rechnung aufmachen könne. Der Gesetzentwurf sei intensiv auf Kosten abgeklopft worden. Die Koalition habe mit ihrem Entschließungsantrag [Drucksache 18/2122](#) einen Kostendeckel beschlossen. Im Übrigen hätte die Annahme des CDU-Antrags

„Europäische Solidarität notwendig - Jugendarbeitslosigkeit in der EU gemeinsam bekämpfen“, [Drucksache 18/1430](#), Kosten von 20 Millionen €ausgelöst.

Abg. Habersaat äußert sich in die gleiche Richtung und stellt fest, die Landesregierung halte sich an die Landeshaushaltsordnung. Die Frage der künftigen Lehrerbesoldung werde nicht im Zusammenhang mit dem Lehrkräftebildungsgesetz entschieden, sondern sei von der Vorgängerregierung im Jahr 2012 mit der Umstellung aller Lehramtsstudiengänge in Flensburg auf 300 Creditpoints entschieden worden. Es gebe in Schleswig-Holstein zwei lehrausbildende Universitäten; man wolle die vorhandenen Strukturen in Flensburg nicht schließen und an die teurere Universität in Kiel verlagern.

Abg. Günther kommt zu dem Ergebnis, dass die Landesregierung sehr wohl gegen die Vorgaben der Landeshaushaltsordnung verstoße. In der Anhörung seien erhebliche weitere Kostenbedarfe aufgeworfen worden, zum Beispiel in Verbindung mit dem Praxissemester.

Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, wiederholt die Feststellung des Rechnungshofs, dass der Nachweis der Wirtschaftlichkeit nach wie vor nicht erbracht sei.

Abg. König beantragt, die Beratung und Beschlussfassung über den Gesetzentwurf zurückzustellen, bis der Nachweis der Wirtschaftlichkeit gemäß § 7 Absatz 2 der Landeshaushaltsordnung erbracht worden sei.

Abg. Franzen fragt, mit welchen Kosten das Bildungsministerium bei der Ausbildung der Sonderpädagogen rechne und mit welchen Mehrkosten bei der Lehrerfortbildung, was die Grundlage (Bedarfsprognose) für den Ausbau in Flensburg sei und welche Kosten dadurch entstünden.

Ministerin Dr. Wende macht deutlich, die Zielsetzung der Landesregierung, die Lehrkräfteausbildung und damit auch die Unterrichtssituation in den Schulen qualitativ zu verbessern, korreliere nicht unbedingt mit der Wirtschaftlichkeit. Die Landesregierung werde weder, um Kosten zu sparen, die Klassen vergrößern oder die Lehrerausbildung aus Schleswig-Holstein verlagern, noch baue sie „Doppelstrukturen“ auf, die schon vorhanden seien. Da neben den Themenfeldern Heterogenität, Inklusion, Deutsch als Zweitsprache, Medienkompetenz und Praxisbezug die fachwissenschaftliche Ausbildung einer Lehrkraft entscheidend für den Unterrichtserfolg sei, müsse an der Universität Flensburg - unabhängig von der Sek.-II-Debatte - nachgebessert werden. Weil alle weiterführenden Schulen ihre Schülerinnen und Schüler potenziell bis zum Abitur führen können müssten, müssten die Lehrkräfte entsprechende Kompetenzen besitzen.

Sodann geht die Ministerin auf weitere Fragen aus dem Ausschuss ein. Die Naturwissenschaften sollten entgegen der ursprünglichen Absicht in Flensburg doch nicht ausgebaut werden, sondern auf Sek.-I-Niveau studiert werden können, um in den MINT-Mangelfächern ein möglichst großes Angebot vorzuhalten. Im Bereich der Sonderpädagogik setze man die Vorgabe der KMK um, dass 90 ECTS-Punkte in einem Unterrichtsfach erworben werden müssten. Bei der Wiederbesetzung von Lehrerstellen - pro Dekade rund ein Drittel der Lehrerschaft - setze der Grundsatz der Bestenauslese voraus, dass die Bewerberzahl größer als die Stellenzahl sei. Mit der Entscheidung der vorherigen Landesregierung für die Bachelor-Master-Struktur in der Lehrerausbildung sei auch eine Grundsatzentscheidung zur Zukunft der Lehrerbesoldung getroffen worden. Die Frage der finanziellen Auswirkungen des Gesetzentwurfs auf die Lehrerfortbildung werde sie schriftlich beantworten.

Abg. Habersaat hält es für legitim und wünschenswert, dass sich das Land als Arbeitgeber die besten Lehramtsabsolventen aussuchen könne. Die Anerkennung von in Schleswig-Holstein ausgebildeten Lehrkräften in anderen Bundesländern stehe nicht infrage, sondern es gehe allenfalls um die Frage der Besoldung, die sich gerade in Mangelfächern in der Praxis schnell und flexibel lösen werde.

Der nochmalige Antrag der PIRATEN, die Beratung und Beschlussfassung über das Lehrkräftebildungsgesetz zurückzustellen, wird mit den Stimmen der Koalition gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

Abg. Habersaat erläutert die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 18/3108](#), mit denen man verschiedene Anregungen aus der Anhörung aufgenommen habe, und kündigt an, einen begleitenden Entschließungsantrag in den Landtag einzubringen.

Abg. König stellt den Antrag der PIRATEN, [Umdruck 18/3115](#), vor. Die Übernahme der Fahrkosten müsse im Lehrerbildungsgesetz geregelt werden.

Abg. Günther erklärt, die CDU lehne den Gesetzentwurf ab, den die Koalition trotz vieler ungeklärter Fragen und massiver Kritik der Betroffenen mit marginalen Änderungen durchdrücken wolle. Die CDU halte sich an den Grundsatz des Ministerpräsidenten, dass Sorgfalt vor Eile gehe, schlage die Durchführung einer dritten Lesung vor und wolle an der bisherigen Struktur der Lehrerausbildung - Sek.-I-Ausbildung in Flensburg und Sek.-II-Ausbildung in Kiel - festhalten. Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe könnten in Zukunft weder Praktikanten noch Referendare aufnehmen. Die Durchführung des obligatorischen Praxissemesters am Ende des Studiums werfe nach wie vor zahlreiche Fragen auf.

Abg. Andresen erwidert, das Praxissemester und dessen Zeitpunkt sei von den Hochschulen entwickelt worden. Die Grünen begrüßten die Möglichkeit, dass in Mangelfächern in Flensburg die Befähigung zum Sekundarschullehramt mit dem Schwerpunkt Sekundarstufe I erworben werden könne, und erhielten die Forderung aufrecht, dass das Land die mit dem Praxissemester verbundenen Fahrkosten der Studierenden vollständig übernehme, was ab dem Haushalt 2015 abgesichert werden solle. Insbesondere die Universität Flensburg habe ein hohes Interesse daran, dass der Gesetzentwurf nicht weiter verzögert, sondern jetzt verabschiedet werde. Viele Fragen würden untergesetzlich geregelt und vom gemeinsamen Gremium zur Beratung für Lehrkräftebildung koordiniert.

Auch Abg. Vogt kritisiert, dass die Koalition die Einwände der Anzuhörenden größtenteils nicht aufgenommen habe. Von der Ankündigung des Ministerpräsidenten, in Flensburg die MINT-Fächer auf Sek.-II-Niveau auszubauen und damit das modernste Lehrerbildungsgesetz in Deutschland zu schaffen, sei nicht viel übrig geblieben. Problematisch sei, dass die Bedenken der Universität Kiel nicht aufgenommen würden, die Auswirkungen auf die Besoldungsstruktur nicht bedacht würden, nicht mehr alle weiterführenden Schulen Praktikanten und Referendare ausbilden könnten, wie die Durchführung des einjährigen Masteraufbaustudiengangs in Kiel gestaltet werden solle, wie die Fahrkosten auch für die Nutzung des Pkw erstattet werden sollten, dass das gemischte Lehramt in Flensburg in anderen Bundesländern nicht anerkannt werde und Doppelstrukturen geschaffen würden.

Abg. Franzen sieht sich durch die Stellungnahmen der Betroffenen in ihrer Ablehnung bestätigt, die Ausbildung der Sonderpädagogen zu ändern.

Ministerin Dr. Wende zitiert aus einem Brief des Präsidenten der CAU:

„Ich darf Ihnen versichern, dass die CAU die neuen Rahmenbedingungen nutzen wird, um in den kommenden Jahren in enger Zusammenarbeit mit den Fächern, den Fachdidaktiken und den Bildungswissenschaften und in enger Kooperation mit dem Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik (IPN) und dem Zentrum für empirische Bildungsforschung in den Geisteswissenschaften (ZeBiG) am Standort Kiel eine bundesweit beachtete und herausragende Ausbildung für das Sekundarschullehramt an Gemeinschaftsschulen und Gymnasien zu entwickeln. Denn das Lehramt ist für uns der Schlüssel zum dauerhaften Erfolg unserer Institution, sei es im Bereich der Nachwuchsgewinnung, der Forschung oder der Lehre. Und es ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Entwicklung Schleswig-Holsteins in anderen Bereichen.“

Zur Frage der Lehrerbesoldung habe die vorangegangene Landesregierung mit der Umstellung auf Bachelor und Master mit 300 Creditpoints für das Grundschul- und das Sekundarschullehramt eine Vorentscheidung getroffen. Die Position der jetzigen Landesregierung zur Besoldungsfrage sei noch offen. Die Fahrkosten in Verbindung mit dem Praxissemester würden erstattet, und zwar in der Höhe der jeweiligen ÖPNV-Kosten, auch wenn für die Fahrt der eigene Pkw genutzt werde. Sonderpädagogen würden auch in Zukunft qualitativ hochwertig ausgebildet. Die Erweiterung der Ausbildung in einem Unterrichtsfach gehe auf eine KMK-Vorgabe zurück und dürfe nicht dazu führen, dass Sonderpädagogen im Schulalltag verstärkt als Vertretungslehrkraft eingesetzt würden. Die von der CDU in [Umdruck 18/3117](#) gestellten Fragen beantworte das Ministerium mit [Umdruck 18/3128](#).

Der Änderungsantrag der PIRATEN, [Umdruck 18/3115](#), wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP abgelehnt.

Die Änderungsanträge der Koalition, [Umdrucke 18/3108](#) und 18/3119, werden mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen.

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf [Drucksache 18/1760](#) mit den beschlossenen Änderungen anzunehmen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**a) Entlastung des Landes durch BAföG-Übernahme des Bundes für Qualitätsoffensive Bildung und Wissenschaft nutzen**

Antrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/1960](#) (neu)

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den CDU-Antrag [Drucksache 18/1960](#) (neu) abzulehnen.

**b) Bildung und Wissenschaft stärken**

Antrag der Fraktion der FDP  
[Drucksache 18/1970](#)

Änderungsantrag der Fraktion der PIRATEN  
[Drucksache 18/2017](#)

(überwiesen am 18. Juni 2014)

Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimme der PIRATEN bei Enthaltung von CDU und FDP empfiehlt der Ausschuss dem Landtag, den Änderungsantrag der PIRATEN [Drucksache 18/2017](#) abzulehnen. Mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimme der FDP bei Enthaltung der CDU empfiehlt er, den FDP-Antrag [Drucksache 18/1970](#) ebenfalls abzulehnen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Künftige Gestaltung des Berichts zur Unterrichtssituation**

Interfraktioneller Antrag

[Umdruck 18/2380](#) (neu) 2. Fassung

Einstimmig beschließt der Ausschuss, dem Landtag im Wege des Selbstbefassungsrechts zu empfehlen, zur künftigen Gestaltung des Berichts zur Unterrichtssituation den interfraktionellen Antrag [Umdruck 18/2380](#) (neu) 2. Fassung mit einer Änderung im letzten Satz anzunehmen.

Der Bildungsausschuss legt Wert darauf, dass die Landesregierung dem Landtag den jährlichen Bericht zur Unterrichtssituation jedes Jahr ungefähr zum gleichen Zeitpunkt zuleitet, damit die vorgelegten Daten vergleichbar sind.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Verschiedenes**

- a) Der Bildungsausschuss beschließt, am Mittwoch, dem 24. September 2014, von 15 bis 19 Uhr, eine **Veranstaltung „Digitales Lernen 2“** durchzuführen.
  
- b) Der Bildungsausschuss plant im Herbst eine halbtägige Anhörung zur **Änderung des Denkmalschutzgesetzes**.

Die Vorsitzende, Abg. Erdmann, schließt die Sitzung um 17:40 Uhr.

gez. Anke Erdmann

Vorsitzende

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer